

nisse der Überwachungsmaßnahmen werden die Vertrauensdiensteanbieter jeweils unverzüglich nach deren Auswertung informiert. Bei der Evaluierung können Bundesnetzagentur und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik das Biometrie-Evaluations-Zentrum (BEZ) an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg einbeziehen und eventuelle Teststellungen dort betreiben.

im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und nach Anhörung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erstellt.

Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung dient der Fortsetzung der Eignungsprüfung (Evaluierung) der Methode durch die zuständigen Behörden.

11. Einschränkungen

- a) Die Anerkennung der Methode ist ausgeschlossen für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für die Website-Authentifizierung.
- b) Die Anerkennung der Methode ist ferner für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für qualifizierte elektronische Signaturen oder qualifizierte elektronische Siegel beschränkt auf die Ausgabe von einmalig nutzbaren Zertifikaten (sog. Ad-Hoc-Zertifikate). Solche Zertifikate sind unmittelbar nach der vom Vertrauensdiensteanbieter mit Zustimmung der Akzeptanzstelle vorgegebenen Nutzung (z. B. Abschluss eines Mietvertrages für ein KFZ), jedenfalls innerhalb von 24 Stunden nach der Ausstellung, von diesem zu widerrufen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt noch gültig sind. Die einmalige Nutzung darf insbesondere nicht zur Beantragung eines neuen qualifizierten Zertifikates oder für andere Identifizierungen dienen.
- c) Die Anerkennung ist befristet bis zum 01.07.2024.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat ITS 15, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.

Mitteilung Nr. 266/2023

Verlängerung der vorläufigen Anerkennung einer innovativen Identifizierungsmethode gemäß § 11 Absatz 3 VDG

Im Bundesgesetzblatt Nr. 52 wurde am 28.07.2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) verkündet (BGBl. I, S. 2745). Artikel 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes beinhaltet das Vertrauensdienstegesetz (VDG).

Das VDG ist gemäß Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes am 29.07.2017 in Kraft getreten.

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, verlängert die vorläufige Anerkennung der im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 24/2021 vom 22. Dezember 2021 unter Mitteilung Nr. 341/2021 veröffentlichten Verfügung hinsichtlich der benannten befristeten Anerkennung der Methode „Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät gemäß § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 PAusWG“ für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren. Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung ist befristet bis zum 21. Dezember 2025 und wurde



Verlängerung der vorläufigen Anerkennung „innovativer Identifizierungsmethoden“ i. S. d. § 11 Absatz 3 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-Verordnung)

Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät gemäß § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 PAuswG.

Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung ist befristet bis zum 21. Dezember 2025.

Es wird darauf hingewiesen, dass die vorläufige Anerkennung aufgrund von sicherheitsrelevanten Risiken mit Auflagen versehen oder vor Ablauf der Frist gänzlich untersagt werden kann.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat ITS 15, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.